

Friede ist die
Achtung vor
dem Recht
des anderen.

(John Reed)

Rede Sahra Wagenknechts vor dem Deutschen Bundestag am 8. September 2022

Im Original des Sitzungsprotokolls

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen
und Herren!

In Deutschland bahnt sich eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe an. Millionen Menschen haben Angst vor der Zukunft, vor explodierenden Lebenshaltungskosten, vor Horrorabrechnungen und immer mehr auch um ihren Arbeitsplatz.

Auch wenn es sich noch nicht bis ins Wirtschaftsministerium herumgesprochen hat: „In Schlüsselindustrien werden Betriebe reihenweise schließen“, schreibt das „Handelsblatt“. Denn, Herr Habeck, in der Wirtschaft ist das leider nicht so wie in der Politik. Ein Minister, der nichts mehr liefert, muss leider tatsächlich keine Insolvenz anmelden; Sie sind das beste Beispiel dafür.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD - Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD –

Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen klatscht die AfD! Ich würde darüber mal nachdenken, Frau Wagenknecht!)

Aber ein Unternehmen, das wegen der hohen Preise nichts mehr verkaufen kann, verschwindet vom Markt, und das heißt eben schlüssig im Klartext: Wenn wir die Energiepreisexplosion nicht stoppen, dann wird die deutsche Industrie mit ihrem starken Mittelstand bald nur noch eine Erinnerung an die guten, alten Zeiten sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die hohen Energiepreise, viel höhere als in vielen anderen europäischen Ländern, sind doch nicht vom Himmel gefallen; die sind das Ergebnis von Politik. Sie sind zum einen das Ergebnis Ihrer völligen Rückgratlosigkeit gegenüber den Absahnern und Krisenprofiteuren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mineralölkonzerne werden in diesem Jahr in Deutschland 38 Milliarden Euro mehr Gewinne machen als im Schnitt der letzten Jahre, die Stromerzeuger sogar 50 Milliarden Euro - Geld, das den Bürgerinnen und Bürgern

jeden Tag aus der Tasche gezogen wird.

Andere Länder haben auf dieses Marktversagen längst mit Preisdeckeln oder wenigstens mit Übergewinnsteuern reagiert. Frankreich hat den Anstieg des Strompreises auf 4 Prozent begrenzt; da sind sie nicht erst nach Brüssel gefahren und haben lange Verhandlungen



geführt. Ein Liter Sprit kostet in Frankreich rund 40 Cent weniger als bei uns.

(Thorsten Frei (CDU/CSU): Ja!)

Und der Beitrag des hoch kompetenten deutschen Wirtschaftsministers zur Energiekrise?

Er lässt sich von den Energiedlobbyisten ein Gesetz zu einer Gasumlage schreiben,

(Enrico Komning (AfD): Ja!)

dass die Bürgerinnen und Bürger, die Familien und Unternehmen, die sowieso schon leiden, zusätzlich zur Kasse bitten wird.

(Enrico Komning (AfD): Wahnsinn! - Timon Gremmels (SPD): Falsch!)

Also, da muss man wirklich sagen: Auf so einen Einfall muss man erst mal kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben wirklich die dümmste Regierung in Europa, wenn man sich das anguckt.

Aber nicht nur, dass Sie zu feige sind, sich mit den Krisengewinnern anzulegen,

(Widerspruch bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

das größte Problem ist Ihre grandiose Idee, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen

unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen. Ja, natürlich ist der Krieg in der Ukraine ein Verbrechen.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der FDP: Buh!)

Aber die Vorstellung, dass wir Putin dadurch bestrafen, dass wir Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen und dass wir unsere Industrie zerstören, während Gazprom Rekordgewinne macht - ja wie bescheuert ist das denn?

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)

Preiswerte Energie ist die wichtigste Existenzbedingung unserer Industrie.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und wo haben Sie denn Ersatz aufgetan, Herr Habeck? Bei amerikanischen Frackinggas-anbietern, die aktuell 200 Millionen Euro Gewinn mit jedem einzelnen Tanker machen! Klar, so kann man die Gasspeicher auch füllen, aber den Ruin von Familien und Mittelständlern, die diese Monopreise am Ende bezahlen müssen, den werden Sie damit nicht aufhalten.

Und es fängt doch schon an. Dass der Gasverbrauch der Industrie um fast ein Fünftel eingebrochen ist, liegt doch nicht an plötzlichen Effizienzgewinnen, sondern daran, dass die Produktion schon jetzt dramatisch zurückgeht. Bevorzugtes Ziel von Produktionsverlagerungen sind neuerdings übrigens wieder die USA, weil der Gaspreis in Deutschland inzwischen achtmal so hoch ist wie in Übersee.

(Dr. Alice Weidel (AfD): Ja, achtmal so hoch!)

Make America great again? Eine teure Strategie für eine deutsche Regierung!

(Beifall bei der LINKEN und der AfD – Dr. Alice Weidel (AfD): Sie haben recht! –

Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Putin freut sich über Ihre Rede, Frau Wagenknecht!)

Der Hauptgeschäftsführer des DIHK geht davon aus, dass Deutschland bei Fortsetzung der jetzigen Strategie in wenigen Jahren 20 bis 30 Prozent ärmer sein wird.

Ja, ob es uns gefällt oder nicht, wenn wir ein Industrieland bleiben wollen, dann brauchen wir russische Rohstoffe und leider auf absehbare Zeit auch noch russische Energie.

(Beifall des Abg. Martin Reichardt (AfD))

Deshalb: Schluss mit den fatalen Wirtschaftssanktionen! Verhandeln wir mit Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen!

(Dr. Johannes Fechner (SPD): Radio Moskau!)

Wir sind nicht unabhängig. Sie machen sich und uns doch etwas vor.

Lieber Herr Habeck, es mag ja sein, dass auch Ihnen egal ist, was Ihre deutschen Wähler denken. Aber Sie haben nicht das Recht, Millionen Menschen, die Sie mehrheitlich nicht ge-

wählt haben, ihren bescheidenen Wohlstand und ihre Zukunft zu zerstören.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)

Deshalb: Treten Sie zurück, Herr Habeck! Denn Ihre Laufzeitverlängerung führt mit Sicherheit zum Supergau der deutschen Wirtschaft.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD - Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit besten Grüßen aus Moskau, Ihre Redel - Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Putins langer Arm!)

*



Wachhalten und weitertragen!

Auch in diesem Jahr am 11. September, gedachten wir als TIG, gemeinsam mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten der Opfer des Faschismus am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau bei Bln.-. In diesem Jahr gewidmet den antifaschistischen Spanienkämpfern und anderen Widerständlern, ihren Lebenswegen und ihrem Streben.

Erich Weinert beschrieb die Solidarität der Internationalen Brigaden 1938 so :

„Wir gingen treu mit Euch durch Blut und Flammen.

Das bleibt in allen Herzen eingebannt. Mit unsren Leibern hielten wir das Land, so lebten wir, so starben wir zusammen!“

Erinnert wurde an die Botschaft der überlebenden Spanienkämpfer, wie von **Kurt Lohs**. Geprägt durch den Widerstand in Deutschland, den Kampf gegen die Faschisten in Spanien, durch die Hölle der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, getreu dem Schwur von Buchenwald und Wirken beim Aufbau eines anderen Deutschlands, vor allem der Heranwachsenden.

Aufgehoben in unserer Erinnerung ist **Horst Ammann**, ehemals wohnhaft in Stolzenhagen, heute Großgemeinde Wandlitz, ein Antifaschist, den die Wandlitzer SA 1932 zusammenschlug, der nach 1933 nach Tschechien flüchtete, um nicht den Faschisten in die Hände zu fallen, dem Ruf der KPD nach Spanien zu gehorchen, folgte. Trotz Verwundung, einarmig, nahm er weiter am Kampf der Internationalen Brigade teil. Gelangte 1939 nach Frankreich, wurde durch die französischen Behörden nach Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Frankreich, an diese ausgeliefert und von der Gestapo 1940 in Paris erschossen.

Verwiesen wurde auf einen Stolperstein in Bln.-Friedrichshain, der den Namen **Gustav Wegener** trägt. Gustav war aktiver Streiter

der Widerstandsorganisation Anton Saefkow - Franz Jacob - Bernhard Bästlein. Ein Instructor der Zellen, auch in Schönau, Basdorf und im Norden Berlins. Er hatte wesentlichen Anteil an den Widerstandshandlungen der hiesigen Frauen und Männer in der Rüstungsindustrie. Mit Elli Voigt, Auguste Haase, Waldemar Plotek und so vielen anderen Streitern, die dem Ruf „Fort mit Hitler“ Schluss mit dem Krieg!“ folgten und Widerstand leisteten, teilte er 1944 das ihnen vom „Volksgerichtshof“ zugewiesene gewaltsame Ende.

Zu Beginn und Ende der Gedenkveranstaltung erklangen spanische Lieder, darunter das Lied der Thälmann-Kolonne „Spaniens Himmel breitet seine Sterne...“.

Es wehte die Fahne der antifaschistischen Widerstandskämpfer der bis 1990 bestehenden Kreisorganisation Bernau bei Bln.- über unseren Häuptern.

No Pasaran!

Klaus-Dieter Jäschke, TIG Barnim

Aus der Postmappe

Eine beschämende Entscheidung

Eine mehr als berechtigte demokratische und antifaschistische Forderung nach dem Erhalt der KZ-Kommandantenvilla im KZ Sachsenburg wurde von verantwortlichen Politikerinnen und Politikern von Frankenberg in Sachsen negiert. Der Abriss eines Gedenkortes an durch die Faschisten gefolterte und ermordete Menschen, wird nunmehr endgültig vollendet. Ein Haus wird abgerissen, das faschistische Kommandanten beherbergte, die neue Foltermethoden ersannen und Mörder für Konzentrationslager in ganz Deutschland ausbildeten.

Unzählige Proteste von Bürgerinnen und Bürgern, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und ein offener Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten sind ungehört verhallt. Es zeigt auch, wie das sächsische Gedenkstättengesetz bei ideologisch und fiskalisch vorgeschobenen „Sachzwängen“ weiter unterminiert wird.

Allen öffentlichen Beteuerungen zum Trotz wird damit ein antifaschistischer Erinnerungs-ort weiter entkernt und somit die Chance für eine überzeugend gestaltete Bildungsstätte

Zwischenfragen

Um zu verstehen, was aktuell in der Welt passiert, habe ich immer wieder Fragen. Leben wir Deutschen immer noch in einem demokratischen Rechtsstaat?

Darf sich Frau Baerbock anmaßen, deutsche Interessen zu vertreten, obwohl sie offiziell erklärt, dass sie ihr gleichgültig sind?

Darf Herr Habeck Wirtschaftsminister bleiben, obwohl er demonstrierte, dass ihm selbst die elementarsten Kenntnisse der Betriebswirtschaftslehre fremd sind?

Und ist es nicht ein zu hohes Risiko, wenn Herr Scholz sich wichtige Dinge nicht merken kann und sein Erinnerungsvermögen als ein sehr fragiles Gebilde erscheint? Ein Bundeskanzler, der unser Land durch schwierige Zeiten führen soll, müsste doch gerade im Bereich dieser kognitiven Fähigkeiten dominant sein.

Es mag an meiner Unerfahrenheit liegen, aber solche Menschen machen mir Angst und ich würde so gerne Gründe finden, die mein Vertrauen wecken könnten.

Jürgen Barz, Wismar

für die junge Generation sträflich vertan. Ministerpräsident Kretschmer, die Landesregierung und der Stadtrat haben die politisch verheerende und menschlich beschämende Entscheidung zu verantworten.

Raimon Brete, Chemnitz

*

Wohin wird die Reise gehen ?

Der Bundeskanzler und sein Kabinett, haben bei Amtsantritt einen Eid geschworen, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden werden

Was ist aber nun ?

Also sprach der Kanzler, er werde keine Maßnahmen durchführen, die Deutschland mehr schaden als Russland. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir marschieren Richtung Osten und damit in eine schwere Wirtschaftskrise. Die unsäglichen Sanktionen und der Gas-Krieg gegen Russland schaden der deutschen Wirtschaft erheblich. Erste Ergebnisse dieser Politik zeigen sich am Horizont.

Das Stickstoffwerk Piesteritz ist insolvent. Wie es mit dem PCK Schwedt weitergeht, steht in den Sternen. Kleinere Betriebe können schon jetzt ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen.

Folge ich unserer Regierung, soll nun teures Fracking-Gas aus den USA, oder gar Gas von Terrorstaaten wie Saudi Arabien und Katar die Lösung sein.

Die Verbraucherpreise steigen ins Uferlose. Und das Angebot der Regierung sind stümperhafte Entlastungspakete. Wirtschaftliche Vernunft ist bei unseren Regierenden nicht ansatzweise erkennbar. So sind Unruhen in der Bevölkerung vorhersehbar.

Es könnte auch anders laufen. Deutschland öffnet gemeinsam mit anderen Staaten den diplomatischen Weg zur Beendigung des Konfliktes. Das Minsk 2 Abkommen könnte hier die Basis sein.

Wilfried Steinfath

*

Eine mutige Frau 1

„Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein.“

(Kurt Tucholsky)

„Wir haben die dümmste Regierung in Europa“. So denken viele Deutsche, aber keiner hat es bisher so klar und deutlich öffentlich über die Lippen gebracht wie eine mutige Frau in der Bundestagsdebatte am 8.September 2022. Sahra Wagenknecht ist vorgeprescht und hat nicht nur die Meinung in der Basis der Linkspartei in klare Worte gefasst. Sie hat mit dieser Einschätzung den „Nagel auf den Kopf“ ge-

troffen für Meinungen eines großen Teils der deutschen Bundesbürger. Freilich hat sie mit diesem Slogan auch Auffassungen in der AfD tangiert. Aber das Quaken von Fröschen in die dunkle deutsche Nacht kann das taghelle kräftige Schreien der Möwen über den Wogen der Ost- und Nordsee und über den deutschen Binnenseen nicht übertönen.

Im Gegensatz zur AfD missbraucht Sahra Wagenknecht die soziale Krise in der BRD nicht für parteiliche Machtinteressen unter den Bedingungen und für die Herrschaft des Kapitals. Ihr Nähe zur populistischen Argumentation der AfD zu unterstellen, wie aus Regierungs- und CDU-Kreisen, aber auch aus dem regierungsgeilen Flügel der Linkspartei reagiert wird, gleicht der dümmlichen Idee, Flüsse in Richtung ihrer Quellen bergauf zurückfließen lassen zu wollen, bevor sie in die großen Meere münden. Die aktuellen sozialen Nöte, politischen Interessen und Forderungen einer großen Mehrheit des Volkes reizen die AfD natürlich, wie während der Weimarer Republik die Faschisten, ihre politische Zielstellung einer neofaschistischen Herrschaft durch Missbrauch der von der aktuellen Regierung verursachten sozialen Krise zu erreichen und Teile des Volkes über ihr Machtgelüste zu täuschen.

Mit ihrer Rede vor dem Bundestag entlarvt Sahra Wagenknecht nicht nur die Unfähigkeit der Ampelregierung, im Interesse der Mehrheit der Bundesbürger zu handeln. Zugleich gibt sie der AfD einen deutlichen Korb, indem sie nicht nur eine personelle Regierungsänderung fordert, sondern darüber hinaus eine Beendigung der unsäglichen Sanktionspolitik gegen Russland. Diese Politik charakterisiert sie der Zielstellung entsprechend zurecht und treffend als einen Wirtschaftskrieg und findet klare Worte dafür, dass dieser Parallelkrieg zur militärischen Kriegsführung gegen Russland die meisten Opfer und Leiden im eigenen Volk verursacht. Mit „wie bescheuert ist diese Politik“ hat sie sich emotional wohl noch zurückhaltend ausgedrückt, denn diese Politik ist verbrecherisch in Planung, Ziel, Inhalt und Realisierung.

Die diese, gegen das eigene Volk gerichtete Politik in der bundesdeutschen Ampelregierung vertretenen maßgeblichen Minister haben allesamt ihren Eid, dem Wohle und dem Schutz der Bundesbürger zu dienen, ad acta gelegt. Sozialdemokraten, „Freie Demokraten“ und ganz besonders die „Grünen“ in dieser Regierung haben ihre Wählerwerbeflyer nach ihrem Wahlerfolg im Herbst 2021 schnellstens entsorgt. Wie sich besonders seit Erweiterung des bereits seit 2014 wütenden Bürgerkrieges in der Ukraine durch den Kriegseintritt Russlands im Februar 2022 zeigt, waren all die Werbeflyer für soziale Verbesserungen, wirt-

schaftlichen Aufschwung und Klimaschutz offensichtlich Fehldrucke und Fälschungen. Sozialer Kahlschlag, Rückkehr zur klimaschädigenden Energiewirtschaft, Aufrüstung, Kriegstreiberei und Abbau demokratischer Rechte der Bürger sind nunmehr Inhalt der Maßnahmen von Regierung und sie unterstützender Beschlüsse des Bundestages.

In dieser Situation sagt eine mutige Frau in aller Öffentlichkeit: „Nein! Es reicht!“

Manfred Wild, TIG Bln.- Köpenick

*

Eine mutige Frau 2

Macht sich die „Friedensbrücke“ durch Hilfe für Kriegsopfer strafbar?

Liane Kilinc, die Vorsitzende des Vereins Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e. V., ist in den Fokus von Brandenburger Ermittlungsbehörden wegen ihrer nun schon seit Jahren tätigen Hilfe für die Opfer des Krieges in der Ukraine geraten.

Ihr wird „Belohnung und Billigung von Straftaten“ vorgeworfen: Ihr gemeinnütziger Verein solle Russen im Ukraine-Krieg, vor allem in den östlichen Territorien, mit Lebensmitteln unterstützen.

Das Brandenburger Finanzministerium soll jetzt prüfen, ob der Verein noch die Bedingungen der Gemeinnützigkeit erfüllt.

Das berichteten die Zeitung BILD und das Online-Portal von t-online.de

*

Sanktionen bis es quietscht

Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg gegen Russland bestimmen die Außenpolitik des „wertebasierten“ Westens.

80 Jahre nach Stalingrad wird die Ukraine zum Aufmarschgebiet deutscher Waffen wieder mal gegen Russland.

Da ist es den Akteuren wie Frau Baerbock egal, was die Wählerinnen und Wähler denken. Sie will Russland ruinieren, egal um welchen Preis.

Bezeichnend ist auch das Verhalten der Parteispitze der Partei „Die Linke“. Ihr scheint es inzwischen auch egal zu sein, was ihre Noch-Anhänger denken. Anders kann ich mir das Gezeter um die Rede von Sahra Wagenknecht im Bundestag nicht erklären. Sie hat doch Recht, wenn sie den westlichen Wirtschaftskrieg gegen Russland verurteilt. Diese Sanktionen schaden nicht nur Russland, vor allem ruinieren sie viele Menschen in diesem Land. Friedensstiftend werden sie nicht sein. Aber das ist vom Westen trotz aller Beteuerungen wohl auch nicht gewollt.

**Wilfried Steinfath,
TIG Bln.- Hohenschönhausen**

*

Neue Bundeswehrzentrale

Bundeswehr stellt Führungskommando für »Heimatschutz« in Dienst. Zu den Aufgaben zählen Terrorabwehr und Zerschlagung von Aufständen - ein alter faschistischer Geist scheint durch.

Wen wundert es wirklich, wenn die Herrschenden und allen voran die Ampelkoalitionäre, ein nicht ganz unbekanntes Instrument der Überwachung des Volkes und seiner gewaltsamen Disziplinierung installieren. Die Väter des neuen »Heimatschutzes« haben ihre

Vor- und Ausbilder, die aus den Reihen der Faschisten nach 1945 die Geheimdienste, Polizei und Bundeswehr in der BRD aufbauten und mit ihrer Ideologie ausrichteten. Es sei nur an den SD, die Gestapo, Volkssturm und »Feind hört mit« – alles Instrumente der alten Faschisten bei der Unterdrückung des Volkes – erinnert. Entgegen des Grundgesetzes wird nunmehr die Bundeswehr gegen mögliche Proteste von Bürgerinnen und Bürgern in Stellung gebracht. Den kommenden sozialen Auseinandersetzungen für menschliche und auskömmliche Lebensver-

hältnisse soll gewaltsam begegnet werden - ein nachhaltiger Konflikt mit dem kapitalistischen System, ein heiße Herbst, kündigt sich an. Es wird auch öffentlich mit Pomp der 50. Jahrestag der Gründung der GSG 9 mit einem Symbol gefeiert, das ganz stark an die Nahkampfspange der Wehrmacht erinnert. Deutlicher kann, auch in Verbindung mit dem faschistischen Balkenkreuz auf den Fahrzeugen der Bundeswehr, an die Vergangenheit der Begründer der Bundesrepublik nicht hingewiesen werden.

Raimon Brete, Chemnitz

#UnblockCuba
**Wirtschaftskrieg
gegen Kuba
beenden!**



*Informiere Dich!
Werde aktiv!*
www.unblock-cuba.org

ISOR Sozialverein e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Bln.
Berlin, 24. September 2022

Ein herzliches Dankeschön!

Liebe Genossinnen und Genossen von ISOR,
liebe Freundinnen und Freunde,
nach Eurer letztjährigen Sammlung für Kuba konnten wir
in gemeinsamer Absprache vereinbaren, den Großteil dieser
überwältigenden Summe für die Soforthilfe nach der Brand-
katastrophe in Matanzas im August 2022 einzusetzen.
Wir möchten Euch an dieser Stelle für die unkomplizierte
und reibungslose Abwicklung danken, mit der Ihr innerhalb
kurzer Zeit den Kauf dringend benötigter Medikamente und
Präparate zur Versorgung von Brandopfern ermöglicht habt.
Gleichzeitig übermitteln wir Euch die Danksagung der kuba-
nischen Empfänger aus dem Krankenhaus „Calixto García“
in Havanna und aus dem Krankenhaus „Faustino Pérez“:
„Unendliche Dankbarkeit sprechen wir Euch aus angesichts
der Solidarität mit unserem Volk.“

Bei der Ankunft der Hilfsgüter im Krankenhaus „Faustino Pérez“, das sich in der Umgebung des Unglücks befindet, war
auch der Präsident der Provinzregierung von Matanzas an-
wesend. Die Provinzregierung dankt Euch von Herzen, denn
mit Eurer Geste zeigt Ihr, dass Kuba nicht allein ist. Ein Dan-
keschön im Namen aller Bürger der Provinz Matanzas! Anbei
sind auch einige Fotos der Ankunft der Hilfsgüter. Aufgrund
von Lieferengpässen bei angeforderter Antibiotika haben

uns erst in den letzten Tagen 250 Plastikflaschen eines Anti-
biotikums zur Behandlung bestimmter Infektionen erreicht.
Diese Präparate befinden sich aktuell in unserem Lager. Wir
können sie jedoch einer Delegation der Tageszeitung junge
Welt mitgeben, die am 3. Oktober nach Kuba aufbricht. So
erreichen diese ersehnten Medikamente schnellstmöglich
die Patienten.

**Wir sagen nochmals MUCHAS GRACIAS und senden
herzlich-solidarische Grüße**

Miriam Näther

Miriam Näther

Cuba-si

AG in der Partei DIE LINKE Kleine
Alexanderstr. 28 1, 0178 Bln.

www.cuba-si.org

Telefon: 030-24 009 455 / 465, Telefax: 030-24 009 409
E-mail: Bln.-@cuba-si.org

Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)
Konto-Nr. 13 2222 10

VWZ: Kuba muss überleben Bln.-er

VWZ: Milch für Kubas Kinder

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

(Che)

Volkssolidarität zum Tag der Deutschen Einheit

Pressemitteilung vom 3. Oktober

Gleichwertige Lebensverhältnisse, gerechte Löhne und Chancengerechtigkeit endlich realisieren

32 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands stellt die Volkssolidarität zum Tag der Deutschen Einheit die außergewöhnlichen Transformationsleistungen der Ostdeutschen nach der „Wende“ in den Vordergrund.

„Gegenwärtig stehen wir hier in Europa und weltweit vor den großen Herausforderungen der Krisen dieser Zeit: Krieg, Klima, Inflation und Energieversorgung. Die Sorgen der Menschen sind groß“, meint Susanna Karawanskij, Präsidentin der Volkssolidarität. „Mauerfall und Deutsche Einheit haben das durch von Unfreiheit gekennzeichnete Regime der DDR beendet. Und sie haben zugleich in fast allen ostdeutschen Familien durch Erfahrungen von Job-, Werte- und Heimatverlust tiefe Brüche erzeugt, deren Folgen bis heute spürbar sind.“

Etwa 80 Prozent der Ostdeutschen verloren infolge der Wiedervereinigung zeitweise oder dauerhaft ihren Job. Frauen traf es infolge der flächendeckenden Abwicklungen im produzierenden Gewerbe besonders hart. Die Abwanderung von mehr als 1,2 Millionen Menschen nach der Wende, davon dreiviertel Unter-25-Jährige und vor allem Frauen, hat bis heute Einfluss auf Wirtschaftskraft, Infrastruktur, Geburtenrate und Lebensqualität im Osten. Die demografische Entwicklung ist vor allem in ländlichen und strukturschwachen ostdeutschen Regionen katastrophal. Der Osten ist am Beispiel Sachsen mit seiner Einwohnerzahl laut ifo Dresden auf dem Stand von 1919. Die fünf ostdeutschen Flächenländer bilden mit dem Durchschnittsalter der Bevölkerung von 47,4 Jahren das Schlusslicht der Bundesstatistik.

Susanna Karawanskij betont: „Trotz der Widrigkeiten und Umstände haben viele Ostdeutsche die Herausforderungen der Nachwendezeit mit viel Mut zum Risiko, nicht selten trotz bitterer Rückschläge erfolgreich gemeistert und tun dies bis heute. Ihre Kinder nutzen die Chancen unserer freien Gesellschaft und verstehen sich immer weniger



und anders als „ostdeutsch“ „Nichtsdestotrotz“, so die Präsidentin weiter, „hat die kollektive Erfahrung des Nicht-mehr-gebraucht-werden in vielen Familien Spuren hinterlassen, die bis heute auf unterschiedliche Weise nachwirken – auch durch verloreneres Vertrauen in demokratische Strukturen und die Werte der Freiheit.“

Als notwendigen Schritt zur weiteren Angleichung der Lebensverhältnisse fordert die Präsidentin der Volkssolidarität: „Es muss endlich Schluss sein damit, dass die Menschen im Osten schlechter bezahlt werden als in den alten Bundesländern. Wodurch ist das so viele Jahren nach der Wiedervereinigung noch zu rechtfertigen? Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse heißt vor allem auch gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gerade in Zeiten von Krise und Inflation.“

Abschließend macht die Präsidentin deutlich: „Ostdeutsche haben eine eigene Geschichte sowie Prägungen und Erfahrungen, die sich von den kollektiven Erlebnissen vieler Menschen in den alten Bundesländern unterscheiden. Das braucht Sichtbarkeit. Die Volkssolidarität befürwortet deshalb die Sicherstellung ostdeutscher Repräsentanz in bundesweit sichtbaren Mandats- und Spitzenfunktionen sowie eine gezielte Beteiligung von Menschen, die sich als ostdeutsch verstehen, z.B. über Bürgerräte.“ (red. der gültigen Rechtschreibug angepasst)

*

Montag, der 32.

An diesem Tag wird der deutsche Osten mit seinen Stämmen und Kuriositäten aus der Bundeslade geholt und wie immer weht Erstaunen und ein bisschen Grusel durch den Westenwald. Aber auch gute Ratschläge sind nicht weit. Damals haben die bis dahin als „Schwestern und Brüder“ bezeichneten Wesen Bananen und Hundertmarkscheine in die Kameras gehalten und gerufen „Wir sind das Volk!“

Du heilige Einfalt. Noch nicht mal richtige Lösungen könnt ihr rufen. Da mussten wir schoen eingreifen und zunächst euren Wortschatz auf Vordermann bringen. Bald danach haben wir euch gezeigt, dass man Geldscheine,

selbst wenn es EURO sind, nicht prahlerisch über die Köpfe der anderen hält, sondern diese (die Scheine) sorgsam versteckt, denn die gerade in Mode gekommene Inflation frisst so manche NULL aus der Schatztruhe. Auf diese gehört ein Deckel, von dem ein täglich wechselndes Angebot bereitgehalten wird und der suggerieren soll, dass die Regierung mit ihren Ministern nach *innen und *außen sich um euch sorgen.

So zum Beispiel zeigen sie euch beispielhaft, wie man mit Waschlappen umgeht, dargestellt am Umgang mit ihren Kollegen.

Was klingt in mein Forschungslabor von der Straße herauf? Was ruft ihr da?

„Einigkeit“ – Ja, ist ja gut. Schon in wenigen Jahrzehnten bekommt ihr annähernd Lohn und Rente mit Westniveau. Wir sind gerade dabei, dieses deshalb zu senken.

„Und Recht“ – Auch das. Wir machen etwas Rechtes daraus. Es gibt ja genügend Rechts-Hilfen, die für euer Heil sorgen.

„Und Freiheit“ – Könnt ihr sofort in allen Variationen mitnehmen und euch einpacken. Gratis und umsonst und auch für die Katz. Also dann bis zum nächsten Jahr mit den alten Themen. Da haben wir den Dienstag für eure Seelenmassage gewählt. Bleibt treu, deutsch und divers.

w.k.

Die Gemeinsame AG Solidarität und Betreuung informiert

Fragen und Antworten rund um die Patientenverfügung

Obwohl wir schon mehrfach auf die Notwendigkeit rechtzeitiger Vorsorge in persönlichen Angelegenheiten im Falle eigener Geschäftsunfähigkeit hingewiesen haben, tauchen dazu immer wieder Fragen und Unsicherheiten auf. Deshalb hier noch einmal in aller Kürze das Wesentliche. In der Folge werden wir zur Auffrischung noch einmal über die Vorsorgevollmacht und die Betreuungsverfügung informieren.

1. Was ist der Kern einer Patientenverfügung (PV)?

Sie ist für den Fall der eigenen Entscheidungsunfähigkeit in medizinischen Angelegenheiten gedacht. In ihr wird festgelegt, dass in einer bestimmten Situation bestimmte medizinische Maßnahmen durchzuführen oder zu unterlassen sind. Die PV ist eine rechtsgültige Verfügung. Man muss dafür volljährig und einwilligungsfähig sein. Sie stellt dann sicher, dass dem Willen des Patienten entsprochen wird, wenn er nicht mehr entscheidungsfähig ist. Sie muss nicht notariell beglaubigt werden, man kann es aber aus Rechtssicherheitsgründen natürlich tun.

2. Ist eine bestimmte Schriftform notwendig?

Nein, sie muss aber immer schriftlich (auch handschriftlich) verfasst sein und kann jederzeit formlos widerrufen werden. Datum und Unterschrift sind zwingend notwendig. Kann beides nicht (z. B. krankheitsbedingt bei Schlaganfall) erfolgen, sollte ein Notar zur Beglaubigung (auch einer Einwilligung durch Handzeichen) hinzugezogen werden. Empfehlenswert ist auch eine Mitunterschrift eines Arztes oder Zeugen zur Bestätigung der Geschäftsfähigkeit des Verfassers.

3. Muss man den Hausarzt oder einen anderen Arzt für die PV hinzuziehen?

Es gibt dafür keine Beratungspflicht, ist aber sinnvoll, vor Verfassung einer PV mit dem behandelnden Arzt zu sprechen, um mögliche Krankheitsverläufe und Komplikationen zu beleuchten.

4. Was ist bei der PV inhaltlich besonders wichtig?

Sie muss möglichst genau und eindeutig sein und Vorgaben zu konkreten medizinischen Situationen machen. Gemeint sind bestimmte medizinische Untersuchungen, Heilbehandlungen oder ärztliche Eingriffe. Allgemeine Formulierungen oder schwammige Begriffe sind zu vermeiden, weil sie Interpretationsspielraum lassen. Die Festlegungen zu bestimmten Maßnahmen oder deren Unterlassung müssen sich immer auf ausreichend

bestimmte Erkrankungen oder Behandlungssituationen beziehen. Präzise Vorgaben zu Aspekten wie künstliche Beatmung, künstliche Ernährung, Wiederbelebung oder der Behandlung von Schmerzen sind erforderlich. Floskeln oder allgemeine Formulierungen wie „ich will keine lebenserhaltenden Maßnahmen“ oder „wenn ich durch eine schwere Krankheit nicht mehr in der Lage bin, ein für mich erträgliches Leben zu führen, möchte ich würdevoll sterben dürfen“ oder ähnliche reichen nicht aus.

5. Welche Behandlungssituationen werden in der PV überwiegend geregelt?

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: der unmittelbare Sterbeprozess, das Endstadium einer tödlich verlaufenden Krankheit, schwere Gehirnschädigung direkt durch Unfall, Schlaganfall, Entzündung, aber auch durch Sauerstoffunterversorgung des Gehirns durch Herzstillstand, Wiederbelebung, Schock oder Lungenversagen, weit fortgeschrittener Gehirnabbauprozess wie z. B. bei Demenz.

6. Wie wird in einer situationsbedingten Notfallsituation verfahren?

In einer medizinischen, plötzlichen Notsituation und Bewusstlosigkeit bleibt meist keine Zeit, die Entscheidungsunfähigkeit der Person rechtswirksam festzustellen. Auch der Wortlaut einer PV ist nicht sofort parat. In diesem Fall ist es erlaubt, lebenserhaltende Maßnahmen einzuleiten. Wird das Bewusstsein wieder erlangt, kommt es auf den geäußerten Willen der Person an.

7. Zur Gültigkeit einer PV

Sie ist nur gültig bei eigener Entscheidungsunfähigkeit. Bei noch möglicher eigener getroffener Entscheidung über medizinische Behandlungen gilt die PV nicht.

8. Kann die PV widerrufen oder geändert werden?

Sofern die eigenständige Willensäußerung möglich ist, kann die PV zu jeder Zeit geändert oder gänzlich widerrufen werden. Die

Entscheidung sollte aber den Angehörigen übermittelt werden.

9. Wie und wo sollte die PV aufbewahrt werden?

Sie muss im Notfall schnell gefunden werden. Angehörige sollten über Existenz und Aufbewahrungsort informiert sein. Man kann sie auch bei nahen Angehörigen, dem Arzt, Betreuer und einer bundesweiten gemeinnützigen Hinterlegungsstelle aufbewahren. Grundsätzlich ist zu empfehlen, immer einen Hinweis auf die Existenz und den Aufbewahrungsort bei sich zu führen.

10. Abschließend erinnern wir daran, dass unsere Arbeitsgruppe bei Bedarf zu diesem und weiteren Themen der Vorsorge schriftliche Hinweise zur Verfügung stellen kann.

H. Kranz, G. Seidel

*

Literaturhinweis

Das Buch von Dr. Bernfried Helmers

Rechtskraft und Wiederaufnahme im Verfassungsprozessrecht des Bundes Im besonderen Blickfeld von Verfassungsbeschwerden in Sachlagen der deutschen Wiedervereinigung (Habilitationsschrift in zwei Bänden), Taschenbuch liegt bestellbar vor.

Band 1 ISBN: 979-8849499390, Taschenbuch, 19,26 Euro

Band 2 ISBN: 979-8849577241, Taschenbuch, 20 Euro

Bestellbar unter:

Helmers, Dr. Bernfried: Amazon.de: Bücher

Fragen des Verfassungs- und besonders des Verfassungsprozessrechts im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über das Rentenstrafrecht bilden einen Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit, welche von Prof. Dr. Dr. Detlef Merten initiiert und betreut wurde.

>>> Fortsetzung auf Seite 8

>>> Fortsetzung von Seite 7

Im Kern der vorliegenden Arbeit stehen Untersuchungen zu den Forschungsschwerpunkten Rechtskraft und Wiederaufnahme im Verfassungsprozess des Bundes. Besonderes Augenmerk wird auf die Ausprägung der Wiederaufnahme des Verfahrens als Gegenpol zur Rechtskraft gelegt. Damit widmet sich die Arbeit einer nahezu unerforschten Thematik, die in Lehre und Praxis bisher kaum ausreichend Beachtung gefunden hat. Die Arbeit betritt weitgehend wissenschaftliches Neuland. Sie soll Erkenntnisfortschritt bewirken und zugleich die in Anfängen steckengebliebene wissenschaftliche Diskussion zu dem anspruchsvollen Thema wiederbeleben.

Ziel der Untersuchung ist es, Theoriebausteine für eine allgemeine Wiederaufnahme im Verfassungsprozess des Bundes anzubieten. Fundament dafür ist eine aus den Fachgerichtsordnungen zusammengetragene Gesamtschau von Rechtskraft und Wiederaufnahmeverfahren und der dazu entwickelten Theorien. Darauf aufbauend wird, in Auseinandersetzung mit dem

Schrifttum – u.a. zu den Bindungswirkungen gem. § 31 BVerfGG – anvisiert, wissenschaftlichen Neuwert hinsichtlich der erweiterten Wiederaufnahme des Verfahrens zu schaffen, eingeschlossen darin die Wiederbefassung mit Normenkontrollen. Die Arbeit versteht sich als Beitrag zur Klärung von Grundsatzfragen im Verfassungsprozess des Bundes. Die gewonnenen Erkenntnisse werden teilweise von den gegenwärtig in Lehre und Forschung vorhandenen spärlichen Auffassungen abweichen. Lösungsansätze auch in Gestalt von Regelungsvorschlägen sollen das Werk vervollkommen. Die Wiederaufnahme des Verfahrens kann in erster Linie für jene Fälle thematisiert werden, in denen sich das Bundesverfassungsgericht mit gesellschaftlichen Umbruchsituationen bzw. mit Transformationsprozessen zu befassen hatte, um für die Allgemeinheit Rechtsfragen von grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Bedeutung zu beantworten. Aus Sicht des Autors erhält die aufgeworfene Problematik deshalb nicht allein für die weitere wissenschaftliche Aufbereitung des deutschen Wiedervereinigungs- und Rechtsan gleichungsprozess besonderes Gewicht.

Zwischenruf

Preisdeckelentlastungsumlagerücknahmeverkündigung:

Es kann sich jeder daraus etwas entnehmen. Und das ist das Gute. Zu anderen Zeiten hieß es „Politik der Kontinuität und Erneuerung“. Da zeichnete sich die Abenddämmerung schon ab.

Und die enge Verbindung der hochqualifizierten Politikerinnen zu denen, die das Land besiedeln, tritt mit entsprechenden Meldungen ganz doll glaubhaft hervor:

So zum Beispiel eine Begegnung der äußeren Ministerin mit Bewohnern des Binnenlandes: Frau Ministerin drückt ihre Freude über die Waffenlieferungen ins blau-gelb gefärbte Land aus, indem sie (also die Waffen) im

Zielgebiet „Menschenleben retten“ würden. Und aus ihr (also der Ministerin) sprudelt es spontan heraus, sie höre „immer wieder“ von Menschen mit kleinem Einkommen und Rentnern, „die den Krieg noch erlebt haben“ (also Menschen über 90 Lenze, mit denen eine Außenministerin täglich bei der Tafel zusammentrifft), man möge ihnen „bei den Energiepreisen helfen, aber „auf keinen Fall die Ukrainer im Stich“ lassen. Volkes Wille geschehe.

Diesem dringenden Wunsch der Altchen kommt man im werteblasierten Europa gerne nach.

Quod erat demonstrandum. Frei interpretiert: Was die Demonstranten mehr und mehr zum Ausdruck bringen.

w.k.

Hinweis

Die für den zum 3. Oktober 2022 im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur vorgesehene **Buchvorstellung des Autors Ulrich Heyden** mit dem Titel „Der längste Krieg in Europa seit 1945“, musste auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden, über den wir rechtzeitig informieren werden.
(red)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 28.09.2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.10.2022

Einstellung im Internet: 04.11.2022

Auslieferung: 09.11.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: http://www.isor-sozialverein.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXXX

Auskünfte zu Rechtsfragen:

Nach tel. Vereinbarung Dienstag bis Donnerstag
8 bis 15 Uhr
(030 29784 316) Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr
E-Mail: ISOR-Bln.-@t-online.de